

INSTITUT
M...
K...
...

Rote Fahne

Wochenblatt der Kommunistischen Arbeiterpartei Deutschlands
Wirtschaftsbezirk Frankfurt a. M.

Nr. 12

Einzelnummer 40 Pfennig
Erscheint wöchentlich Samstag

Frankfurt a. M., 10. Juli 1920

Inserate 4 gespaltene Petitzeile
1,20 Mt. Bei Wiederholungen
Rabatt

1920

Was will die kommunistische Arbeiterpartei?

(Schluß.)

Die Betriebsorganisation löst ihre Aufgaben im engen Verein mit der K.A.P.D.

Die politische Organisation hat zur Aufgabe die Sammlung der fortgeschrittenen Elemente der Arbeiterschaft auf der Grundlage des Parteiprogramms.

Das Verhältnis der Partei zur Betriebsorganisation ergibt sich aus dem Wesen der Betriebsorganisation. In nimmermüder Propaganda wird die K.A.P. innerhalb der Betriebsorganisation arbeiten. Kampfsparolen müssen vereinbart werden. Die Kadres im Betrieb werden zur beweglichen Waffe der Partei. Dazu ist natürlich notwendig, daß auch die Partei immer mehr proletarischen Charakter, proletarischen Klassen Ausdruck annimmt, der Diktatur von unten gerecht wird. Damit erweitert sich der Kreis ihrer Aufgaben, wird aber zugleich aufs machtvollste gestützt. Es muß erreicht werden — und die Betriebsorganisation bietet die Gewähr dafür — daß mit dem Siege, das ist die Eroberung der Macht durch das Proletariat, die Diktatur der Klasse einsetzen kann und nicht die Diktatur einiger Parteiführer und ihrer Clique.

Die Phase der Ergreifung der politischen Macht durch das Proletariat erfordert die schärfste Niederhaltung bürgerlich-kapitalistischer Regungen. Das wird erreicht durch die Aufrichtung einer die gesamte politische und wirtschaftliche Macht ausübenden Räteorganisation. Die Betriebsorganisation wird in dieser Phase selber ein Glied der proletarischen Diktatur, ausgeübt im Betrieb durch die auf der Betriebsorganisation sich erhebenden Betriebsräte. Aufgabe der Betriebsorganisation in dieser Phase ist ferner, danach zu streben, daß sie zum Fundament des Wirtschaftsraatesystems wird.

Für den Aufbau des kommunistischen Gemeinwesens ist die Betriebsorganisation eine wirtschaftliche Voraussetzung. Die politische Form der Organisation des kommunistischen Gemeinwesens ist das System der Räte. Die Betriebsorganisation tritt dafür ein, daß die politische Gewalt nur immer von der Exekutive der Räte ausgeübt wird.

Die K.A.P.D. kämpft daher um die Verwirklichung des maximalistischen revolutionären Programms, dessen konkrete Forderungen in folgenden Punkten umschlossen sind.

I. Auf politischem Gebiet:

1. Sofortiger politischer und wirtschaftlicher Zusammenschluß mit allen siegreichen proletarischen Ländern

(Sowjet-Rußland usw.) im Geiste des internationalen Klassenkampfes zwecks gemeinsamer Verteidigung gegenüber den aggressiven Tendenzen des Weltkapitals.

2. Bewaffnung der politisch organisierten revolutionären Arbeiterschaft, Aufstellung von Ortswehren, Bildung einer Roten Armee, Entwaffnung des Bürgertums, der gesamten Polizei, sämtlicher Offiziere, Einwohnerwehren usw.
3. Auflösung aller Parlamente und Gemeinderäte.
4. Bildung von Arbeiterräten als Organe der gesetzgebenden und vollziehenden Gewalt. Wahl eines Zentralrats aus den Delegierten der Arbeiterräte Deutschlands.
5. Zusammentritt des deutschen Rätekongresses als Verfassung gebende höchste politische Instanz Räte-Deutschlands.
6. Uebergabe der Presse an die Arbeiterschaft unter Leitung der örtlichen politischen Räte.
7. Zertrümmerung des bürgerlichen Justizapparates und sofortige Einsetzung von Revolutionsgerichten. Uebernahme der bürgerlichen Strafgewalt und des Sicherheitsdienstes durch entsprechende proletarische Organe.

II. Auf wirtschaftlichem, sozialem und kulturellem Gebiet:

1. Annullierung der Staats- und anderer öffentlichen Schulden sowie sämtlicher Kriegsanleihen.
2. Enteignung aller Banken, Bergwerke, Hütten sowie aller Großbetriebe in Industrie und Handel durch die Räterepublik.
3. Konfiskation aller Vermögen von einer bestimmten Höhe an, die durch den Zentralrat der deutschen Arbeiterräte festzusetzen ist.
4. Umwandlung des Privatbesitzes an Grund und Boden in Gemeineigentum unter Leitung der betreffenden Guts- und Ortsräte.
5. Uebernahme des gesamten öffentlichen Verkehrswesens durch die Räterepublik.
6. Zentrale Regelung und Leitung der gesamten Produktion durch die vom Kongreß der Wirtschaftsräte einzusetzenden Obersten Wirtschaftsräte.
7. Einstellung der gesamten Produktion auf den Bedarf auf Grund sorgsamster wirtschaftsstatistischer Berechnungen.

8. Rücksichtslose Durchführung des Arbeitszwanges.
9. Sicherung der Einzeleristenz in Bezug auf Ernährung, Kleidung, Wohnung, Alter, Krankheit, Invalidität usw.
10. Abschaffung aller Standesunterschiede, Orden und Titel. Völlige rechtliche und soziale Gleichstellung der Geschlechter.
11. Sofortige gründliche Umgestaltung des Ernährungs-, Wohnungs- und Gesundheitswesens im Interesse der proletarischen Bevölkerung.
12. Indem die K.A.P.D. der kapitalistischen Wirtschaftsweise und dem bürgerlichen Staat den entschiedensten Kampf ansagt, richtet sie ihren Angriff auf die gesamte bürgerliche Ideologie und macht sich zur Vorkämpferin einer proletarisch-revolutionären Weltanschauung. Ein entscheidender Faktor für die Beschleunigung der sozialen Revolution liegt in der Revolutionierung der gesamten Geisteswelt des Proletariats. In dieser Erkenntnis unterstützt die K.A.P.D. alle revolutionären Tendenzen in Wissenschaft und Künsten, deren Charakter dem Geiste der proletarischen Revolution entspricht.

Insbefondere fördert die K.A.P.D. alle ernstlich revolutionären Bestrebungen, die die Jugend beiderlei Geschlechts aus sich selbst heraus zum Ausdruck bringt. — Die K.A.P.D. lehnt indes jede Bevormundung der Jugend ab.

Durch den politischen Kampf wird die Jugend selbst zu höchster Kraftentfaltung gezwungen, die uns die Gewißheit gibt, daß sie mit aller Klarheit und Entschlossenheit ihre großen Aufgaben erfüllt.

Der Jugend in ihrem Kampfe jede irgendmögliche Unterstützung zuteil werden zu lassen, ist — um der Revolution willen — Pflicht der K.A.P.D.

Die K.A.P.D. ist sich bewußt, daß der Jugend auch nach der Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat ein großes Tätigkeitsgebiet im Aufbau der kommunistischen Gesellschaft obliegt wie:

Die Verteidigung der Räterepublik durch die Rote Armee, die Umgestaltung des Produktionsprozesses, Schaffung der kommunistischen Arbeitsschule, die in engster Gemeinschaft mit dem Betrieb ihre schöpferischen Aufgaben löst.

Das ist das Programm der Kommunistischen Arbeiterpartei Deutschlands. Getreu dem Geiste der 3. Internationale hält die K.A.P. an dem Gedanken der Begründer des wissenschaftlichen Sozialismus fest, daß die Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat gleichbedeutend ist mit der Vernichtung der politischen Macht der Bourgeoisie. Vernichtung des gesamten bürgerlichen Staatsapparates mit seiner kapitalistischen Armee unter Führung bürgerlich-junkerlicher Offiziere, seiner Polizei, seinen Kerkermeistern und Richtern, Pfaffen und Staatsbeamten ist die erste Aufgabe der proletarischen Revolution. Das siegreiche Proletariat muß daher gegen Anschläge der bürgerlichen Konterrevolution gewappnet sein. Das Proletariat muß den Bürgerkrieg, wenn er ihm von der Bourgeoisie aufgezwungen wird, mit rücksichtsloser Gewalt niederzuwerfen versuchen. Die K.A.P.D. ist sich bewußt, daß der Endkampf zwischen Kapital und Arbeit nicht innerhalb nationaler Grenzen ausgefochten werden kann. Ebenso wenig wie der Kapitalismus an den Landesgrenzen Halt macht und auf seinem Raubzuge durch die Welt sich durch irgendwelche nationale Skrupeln Einhalt gebieten läßt, ebensowenig darf das Proletariat unter der Hypnose nationaler Ideologien den fundamentalen Gedanken der internationalen Klassensolidarität jemals aus dem Auge verlieren. Je schärfer der internationale Klassenkampfgedanke vom Proletariat erfaßt und je

konsequenter er zum Leitmotiv proletarischer Weltpolitik erhoben wird, um so rascher und wuchtiger werden die Schläge der Weltrevolution das in Auflösung begriffene Weltkapital in Stücke schlagen. Hoch über allen nationalen Besonderheiten, hoch über allen Landesgrenzen, hoch über allen Vaterländern leuchtet dem internationalen Proletariat in ewigem Strahlenglanze das Fanal: Proletarier aller Länder vereintigt Euch!

Zum bevorstehenden Parteitag!

An die Ortsgruppen!

Der Parteitag steht vor der Tür. Es wird jedoch technisch nicht mehr möglich sein, noch vor dessen Stattfinden eine Bezirkskonferenz zusammenzuberufen. Wir bitten deshalb die Ortsgruppen, mit Hilfe des ihnen übersandten Materials Stellung zum Parteitag zu nehmen und Anträge für dieselben der prov. Bezirksleitung einzusenden. Alle eingegangenen Anträge werden dann in der „K. F.“ veröffentlicht werden. In der heutigen Nr. bringen wir die Anträge, die die letzte Mitgliederversammlung der Ortsgruppe Frankfurt angenommen hat.

Die prov. Bezirksleitung.

Anträge:

Die Ortsgruppe Frankfurt a. M. beantragt:

1. Das ganze Parteistatut aufzuheben und den Wirtschaftsbezirken im Rahmen des Parteiprogrammes den organisatorischen Aufbau selbst zu überlassen.

Die Finanzierung der Reichsleitung geschieht nach dem Vorschlag Ostfachsens und werden die Summen auf die einzelnen W.-Bez. ihrer Mitgliederzahl entsprechend verteilt.

Die Reichsleitung wird vom Parteitag gewählt.

Einstimmig angenommen.

2. folgenden Antrag, die Geschäftsordnung des Parteitages betr., einzunehmen:

1. Über sämtliche Anträge ist namentlich, nach Wirtschaftsbezirken resp. Ortsgruppen, abzustimmen.

2. Im Parteitagesbericht ist genau anzugeben, welche Wirtschaftsbezirke resp. Ortsgruppen für oder gegen einen Antrag gestimmt haben oder sich der Stimme enthalten haben.

Einstimmig angenommen.

Zur Internationale:

Der Parteitag der K. A. P. D. wolle in Bezug auf die Aufnahme in die 3. Internationale beschließen:

1. Die K. A. P. D. verlangt nicht, von dem Kongreß in Moskau mit Seidenhandschuhen angefaßt zu werden, sondern sie verlangt einzig und allein, nach ihrer revolutionären Tat beurteilt zu werden.

2. Die 3. Internationale soll nicht verkörpert sein in Tischen und Akten, sondern sie soll verkörpert sein in der Aktion des revolutionären Proletariats.

3. Die 3. Internationale kann nicht beurteilt werden nach einem Beschluß in Moskau (Mehrheitsbeschluß) sondern einzig und allein nach dem Willen des revolutionären Proletariats, denn die 3. Internationale ist nicht allein in Moskau und Petersburg, sondern überall da, wo revolutionäre Arbeiter sind.

Einstimmig angenommen.

Nachfolgende Resolution des Reichsausschusses wurde einstimmig abgelehnt:

Die am 29. und 30. Mai tagende erweiterte Zentralausschuß-Sitzung der K. A. P. D. ist der Auffassung, daß die schärfste Formulierung des Klassenkampfgedankens

Proletarische Revolutionen kritisieren beständig sich selbst, unterbrechen sich fortwährend in ihrem eigenen Lauf, kommen auf das scheinbar Vollbrachte zurück, um es wieder von Neuem anzufangen, verhöhnern grausam, gründlich die Halbheiten, Schwächen und Erbärmlichkeiten ihrer ersten Versuche, scheinen ihren Gegner nur niederzuwerfen, damit er neue Kräfte aus der Erde sauge und sich riesenhafter ihnen gegenüber wieder aufrichte, schrecken stets von Neuem zurück vor der unbestimmten Ungeheuerlichkeit ihrer eigenen Zwecke, bis die Situation geschaffen ist, die jede Umkehr unmöglich macht, und die Verhältnisse selbst rufen:

Hic Rhodus, hic salta!

Hier ist die Rose, hier tanze!

(Karl Marx.)

eine Notwendigkeit für die Revolutionierung der Arbeiterklasse bedeutet. Die ungeheuer scharfe Zuspitzung der Klassengegenätze in der gegenwärtigen Situation wird auch die Ideologie des Proletariats im revolutionären Sinne beeinflussen.

Der Zentralausschuß wendet sich auf das entschiedenste gegen Tendenzen, die geeignet sind, das deutsche Proletariat ins nationalistische Fahrwasser zu drängen. Insbesondere hält der Zentralausschuß die in der Schrift „Kommunismus gegen Spartakismus“ zum Ausdruck gebrachten Auffassungen im Widerspruch befindlich mit den Grundätzen des wissenschaftlichen Sozialismus.

Angenommen gegen eine Stimme wurde folgende Resolution:

Die Resolution des Reichsausschusses lehnt die Ortsgruppe Frankfurt a. M. ab.

Die Ortsgruppe Frankfurt a. M. erklärt, daß sie innerhalb der revolutionären Bewegung die Propagierung nationaler Tendenzen als selbstverständlich für ausgeschlossen hält. Die Ortsgruppe Frankfurt a. M. hat in den bekannten Schriften und Propagandareden der Gen. Wolffheim und Laufenberg bisher von nationalistischen Tendenzen nichts beobachtet und lehnt daher jede Stellungnahme gegen Wolffheim und Laufenberg ab.

Angenommen wurde ferner die Resolution des Bezirks Ostfachsen zum Wesen der Partei:

Die Partei als politisches Organisationsgebilde ist in ihrer historischen Existenzberechtigung gebunden an die Voraussetzung des bürgerlichen Parlamentarismus, den wir im Zeitalter der Revolution grundsätzlich ablehnen.

Wie dieser entspricht sie ihrer organisatorischen Struktur wie ihren Funktionen nach den Prinzipien der Demokratie, des Repräsentativ- und Führer-Systems und des Zentralismus, die wir, weil sie die Prinzipien des bürgerlichen Staates sind, grundsätzlich ablehnen.

Ist die Demokratie die klassische Form des bürgerlichen Staates und der Parlamentarismus die klassische Form der Herrschaft, so ist die Partei die klassische Form der Geltendmachung und Vertretung der bürgerlichen Interessen. Die Politik jeder Partei führt darum notwendiger Weise zum Opportunismus und zu den ihm entsprechenden taktischen Methoden (Verhandlungen, Kompromisse, Reformen), die wir grundsätzlich ablehnen.

Das revolutionäre Proletariat beginnt zu erkennen, daß politische Parteien, anstatt Träger der Revolution zu sein, wie sie behaupten, immer mehr zu deren Hemm-

nis werden. Es begegnet daher — nicht zuletzt gewarnt und geschult durch die Erfahrungen mit U. S. P. und K. P. D. — dem Wirken auch der sich revolutionär gebärdenden Parteien mit wachsendem Mißtrauen.

Aus allen diesen Gründen bedauern wir, daß sich die Opposition der K. P. D. auf dem Parteitage in Berlin am 4./5. April wiederum nach dem Schema demokratisch-parlamentarischer Parteibildung und unter dem Namen einer Partei zusammengeschlossen hat. Die auch in organisatorischer Hinsicht ungeheuer wichtige und in Anbetracht der starken Traditionen in Deutschland besonders schwierige Klärung wird dadurch nur verzögert und ohne Not erschwert.

Wenn wir uns aus Gründen sachlich bedingter Solidarität der K. P. D. anschließen, so mit der ausdrücklichen Erklärung, daß wir unausgesetzt und mit aller Energie darauf hinarbeiten werden, aus der K. P. D. auch organisationstechnisch ein revolutionäres Instrument zu machen und ihr die Form und den Charakter zu geben, den die Aufgaben und Bedingungen sowohl des revolutionären Kampfes wie des künftigen kommunistischen Neuaufbaues erfordern.

Den Wahlkommunisten geht die Luft aus.

Die „Frkf. Ztg.“ meldet: Der „Kommunist“ in Erfurt, das kommunistische Parteiblatt für Mitteldeutschland, das bald nach seiner Gründung 7000 Bezieser hatte, geht wegen starken Leserrückgangs infolge Abflauens der kommunistischen Bewegung in der Provinz Sachsen und Thüringen ein.

Nicht das Abflauen der kommunistischen Bewegung in Sachsen und Thüringen ist die Folge des Eingehens des Erfurter „Kommunist“, sondern die überaus starken Abtritte ganzer Ortsgruppen des Spartakusbundes zur K. P., was schon aus der Gründung unseres Parteiorgans der „Kommunistischen Sturmglöcke“ in Magdeburg hervorgeht.

Auch die „Freiheit“ in Hanau, der Spartakushochburg, erscheint seit dem 1. Juli nur noch zweimal wöchentlich.

Aus dem heiligen Bayern.

Die Gesellschaft des Glaubens, Rutte und Krummstab, führen in Bayern einen Vernichtungskrieg gegen die Gesellschaft des Wissens, die Arbeiterklasse. Selbst vor den Briefmarken wird kein Halt gemacht. Der Ausdruck „Volksstaat Bayern“, „Freistaat Bayern“ gehören der Vergangenheit an. Es erscheint im Jahre des Heils 1920 eine Madonnabriefmarke mit dem Ausdruck „Patrona Bavaria.“ Darüber berichtet die Oberfränkische Volkszeitung Hof:

Schon wieder ein uneheliches Kind.

An neuen Briefmarken hat's in Bayern keine Not. Und weil es keine Not an Briefmarken hat, beglückt uns das Mysterium Rahr ab und zu mit einigem Allerneuesten. Darunter interessiert uns am allermeisten die Briefmarke zu 1,— Mark. Auf ihr ist nämlich ein Frauenzimmer mit einem Kind auf dem Arme abgemalt. Es scheint sich hier um ein uneheliches Kind zu handeln, denn man mag die Marke drehen wie man will, den Vater findet man nicht darauf. Ob die Zierde unseres bayr. Ministeriums, der Herr Justizminister Müller, oder vielleicht gar der Herr Rahr selbst der Vater dazu ist, wird wohl die hohe Regierung selbst nicht wissen.

Wenn es aber zutrifft was uns von fachkundiger Seite gesagt wird, daß es sich hier nämlich um ein

Madonnenbild handeln soll, dann wird man den Vater ja gleich haben können; man darf nur zu Dr. Heim gehen.

Daß die alte Bavaria nicht gescheitert war und sich mit diesem garstigen Menschen eingelassen hat, werden wir ihr nicht vergessen.

Der frühere König Ludwig und die Einwohnerwehr. Der frühere König hat am Preisschießen der Einwohnerwehr Wildenwart teilgenommen und dabei den Preis auf der Ehrenscheibe gewonnen.

Säbel, Rutte, Krummstab und Schützen-„König.“
Patrona Bavaria.

Agyptische Finsternis im deutschen Ungarn.

Folgendes Schriftstück hat durch Zufall den Weg zu uns gefunden:

Niederschönfeld, den 22. 5. 1920.

An die Festungsgefangenen!

Nach der Entschliebung des Staatsministeriums der Justiz vom 28. 4. 1920 Nr. 26713 kann das Halten von Zeitungen, die systematisch gegen die staatliche Ordnung, ihre Einrichtungen und Träger hegen oder sonst Unruhe und Aufregung in den Betrieb der Anstalt zu tragen geeignet sind, verboten werden.

Auf Grund dieser Entschliebung wird das Halten folgender Zeitungen verboten:

Arbeiterkampf	Wien
Freie Welt, Wochenschrift der USPD.	
Der Kampf	Wien
Der Kämpfer	Chemnitz
Komm. Arb.-Ztg.	Hamburg
Kommunist	Bremen
Leipziger Volkszeitung	Leipzig
Mittelfr. freie Volkszeitung	Bayreuth
Neue Zeitung	München
Rote Fahne	Berlin
Rote Fahne	Mannheim
Rote Fahne	Wien
Der Sozialdemokrat	Stuttgart
Syndikalist	Berlin
Der rote Soldat	Wien
Soz. Republik	Karlsruhe
Oberfr. Volkszeitung	Hof
Die Tribüne	Mannheim
Volkswille	Augsburg
Die Aktion	Berlin

Festungshaftanstalt
gez. Schubert.

Im „Bistum“ Bayern regiert Krummstab und Säbel und der „Demokrat“ Müller. Die Behandlung der politischen Gefangenen ist eine Marter ohne Ende, die Reichsverfassung ist eine Impotenz, wie lange will das deutsche Proletariat diesem Spiel noch zusehen?

Aus dem Wirtschaftsbezirk.

Mainz. Die am Mittwoch den 30. Juni abgehaltene öffentliche Versammlung der KPD kann als ein voller Erfolg betrachtet werden, und auch die Mainzer Arbeiterschaft zeigte durch ihr überaus zahlreiches Erscheinen, daß auch sie gewillt ist, am Kampfe des Proletariats Anteil zu nehmen. Genosse Müller-Frankfurt sprach über das Thema: „Was lehren uns die Wahlen?“ und führte in etwa einstündiger Rede aus, wie uns der Ausgang der Wahlen klar und deutlich die Situation in Deutschland beleuchtet. An Hand dieser Situation zeigte er, welchen Weg das Proletariat zu gehen hat, wenn es den Sieg über die sich immer mehr zu einem großen

Schlage vorbereitende Reaktion erringen will. Nicht Parlamentarismus und Schwagen im Parlament kann den Sieg der Revolution herbeiführen, sondern nur der Klassenkampf, der zum Ziele haben muß: Die Diktatur des Proletariats! — Der Beifall zu diesen Ausführungen und die Stimmung in der Versammlung bewiesen, daß auch das Mainzer Proletariat immer mehr erkennt, daß bei den Parlamentsparteien aller Schattierungen nicht sein Platz ist. Es war dem Referenten ein leichtes, mit den Diskussionsrednern abzurechnen, die sich gegen seine Ausführungen wandten. Die meisten Redner stellten sich auf den Boden der Ausführungen des Referenten. — E. —

Die Frankfurter Genossen zum kommenden Parteitag. Die letzte Mitgliederversammlung der Ortsgruppe Frankfurt der KPD, die wieder einmal sehr schlecht besucht war, befaßte sich mit der Tagesordnung des kommenden Parteitages. Das Programm selbst wurde gutgeheißen, die Detaillierung unserer Forderungen auf politischem, wirtschaftlichem und kulturellem Gebiet jedoch hielt man für überflüssig. Zum Wesen der Partei wurde auf Vorschlag des Gen. Ehlen die Resolution des Bezirks Ostschaffen gegen eine Stimme angenommen. (Die angenommenen Resolutionen und Anträge bringen wir an anderer Stelle der heutigen Ausgabe.) Einstimmig wurde noch ein Antrag angenommen, der verlangt, das Reichsstatut aufzuheben und den Wirtschaftsbezirken mehr Selbständigkeit zu geben. Desgleichen ein Antrag Krüger, der sich mit der Geschäftsordnung des Parteitages befaßt. Eine längere Debatte entstand über die Resolution des Reichsausschusses zum Nationalbolschewismus. Nach eingehender Aussprache kam man zur Ablehnung der Resolution des Reichsausschusses und zur Annahme der Resolution Müller. Subjektiv auf unsere Stellung zur 3. Internationale wurde nach kurzer Debatte der Antrag Wasmuth einstimmig angenommen. — Nachdem noch die Wahl des Parteitagsdelegierten vorgenommen, wurde die Versammlung geschlossen.

Versammlungsanzeiger.

Unter dieser Rubrik werden sämtliche öffentliche und geschlossene Mitglieder-versammlungen der KPD, Wirtschaftsbezirk Frankfurt bekanntgemacht.

Ortsgruppe Frankfurt a. M.

Gallusviertel. Dienstag den 13. Juli, abends um 7/8 Uhr bei Stahl (Höchsterstr. 64) Distrikts-Mitgliederversammlung.

Nordend. Dienstag den 13. Juli, abends 7 Uhr bei Schwarzkopf (Eckenheimerlandstraße 76) Distrikts-Mitgliederversammlung.

Ostend. Dienstag den 13. Juli, abends 7/8 Uhr bei Ritter (Ostendstr. 83) Distrikts-Mitgliederversammlung.

Altstadt. Dienstag den 13. Juli, abends um 7/8 Uhr in der „Weißen Gule“ (Alter Markt) Distrikts-Mitgliederversammlung.

Bockenheim. Samstag den 17. Juli, abends um 8 Uhr im „Abler“ (Leipzigerstr. 59) außerordentliche Distrikts-Mitgliederversammlung.

Ortsgruppe Mainz.

Die Zusammenkünfte unserer Genossen finden regelmäßig jeden Samstag abend 7 1/2 Uhr in unserem Lokal statt. Die Genossen werden gebeten, alle pünktlich und vollzählig zu erscheinen.
Der Vorstand.

Verantwortlich für Redaktion und Verlag: Kurt Krüger, Frankfurt a. M.
Druck: Lorenz & Masoth, Kl.-Steinheim.

Genossen!

Genossinnen!

Sorgt alle für eine immer
weitere Verbreitung unsrer

„Roten Fahne“

Ihr dient damit unserer Be-
wegung und der Revolution

Arbeiter!

Arbeiterinnen!